

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Hessisches Ministerium
des Innern und für Sport
Herrn Staatsminister
Volker Bouffier
Friedrich-Ebert-Allee 12

D-65185 Wiesbaden

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 20. September 2005

Keine Haushaltskonsolidierung auf Kosten von Kindern und Eltern - stärkere finanzielle Beteiligung des Landes Hessen an Kinderbetreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangeboten

Sehr geehrter Herr Staatsminister Bouffier,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 15. September 2005 zu DS I (A) 885 folgenden Beschluss gefasst hat:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung weist den Erlass des Hessischen Innenministers vom 3. August 2005, veröffentlicht im Staatsanzeiger Nr. 34 / 2005, wonach Kommunen mit einem defizitären Haushalt von Eltern kostendeckende Beiträge für Kinderbetreuungseinrichtungen verlangen sollen, zurück und fordert den Hessischen Innenminister auf diesen zurückzunehmen.*
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass sich das Land Hessen finanziell stärker an der Bereitstellung eines hochwertigen und bedarfsgerechten Betreuungs- Erziehungs- und Bildungsangebotes aller Alterstufen beteiligt. Mit Vorlage eines neuen Kindertagesstättengesetzes ist eine Regelung über verbindliche Betriebskostenzuschüsse des Landes zu treffen.*
- 3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, denjenigen Empfehlungen des Landesrechnungshofes, die Kosteneinsparungen im Kitabereich durch Qualitätsverschlechterungen vorsehen, nicht zu entsprechen.*
- 4. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Kooperationsvereinbarung zwischen der Mathildenschule und der benachbarten, aus HEGISS-Mitteln errichteten, Kindertagesstätte als sinnvollen Schritt zur Entwicklung von gemeinsamen Bildungsansätzen in Kindergarten und Schule. In diesem*

Zusammenhang ist auch die Teilnahme der beiden Einrichtungen am Einführungsprojekt zum Bildungs- und Erziehungsplan des Landes sinnvoll. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet eine finanzielle Beteiligung des Landes zur Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen, zur Differenzierung der Gruppengrößen und zur Evaluierung im Modellprojekt.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

Per Post versandt am 22.09.05
ke